

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Einleitung	13
I. Beschleunigung von Verwaltungsverfahren durch Akzeptanz-Management	13
II. Die Erfahrungen der Praxis	17
III. Die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen als Forschungsthema	21
IV. Akzeptanz-Management als Baustein einer neuen Planungs- und Verwaltungskultur	24
Kapitel 2: Das Phänomen des Bürgerprotestes und des Widerstandes gegen Verwaltungsentscheidungen	30
I. Erscheinungsformen des Bürgerprotestes	31
1. Die Bereitschaft zu Bürgerprotest	32
2. Das soziale Milieu des Widerstandes gegen Verwaltungsentscheidungen	33
3. Die Strategien der Bürgerinitiativen	35
4. Motive des Bürgerprotestes	36
5. Politische Ebenen des Bürgerprotestes	37
6. Träger des Bürgerprotestes	38
7. Fundamentalistische Tendenzen	39
II. Gründe für den wachsenden Bürgerprotest gegen Verwaltungsentscheidungen	40
1. Der Wandel in Funktion und Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltung	41
a) Zur neuen Dimension der Gefahrenvorsorge	41
b) Zur Konfliktschlichtung durch die öffentliche Verwaltung	42
aa) Im Bereich der Planungsverwaltung	42
bb) Im Bereich der Genehmigungsverfahren	43
c) Der fehlende Grundkonsens im Bereich der Planungsverwaltung und der Genehmigungsverfahren	45
2. Zur Akzeptanz staatlicher Maßnahmen aufgrund demokratisch legitimer Politik	45
3. Der Wandel in der politisch-rechtlichen Mentalität	46
a) Vom Fortschrittsoptimismus zur Technikskepsis und Zukunftsangst	47
b) Die Tendenz zu übertriebenem Individualismus	48
c) Von der "eliten-gelenkten" zur "eliten-lenkenden" Partizipation	48

Kapitel 3: Der Bürgerprotest gegen Verwaltungsentscheidungen: eine Herausforderung für die Verwaltung im demokratischen Rechtsstaat	50
I. Die Auswirkungen des Bürgerprotestes auf die Arbeit der Verwaltung	50
1. Erhöhung der sozialen Kosten	50
2. Verhinderung oder Abänderung von Verwaltungsentscheidungen	51
3. Präjudizwirkung	51
4. Verhinderung des sozial, wirtschaftlich oder ökologisch Notwendigen	52
5. Verzögerung durch Verzögerung	52
II. Die Verarbeitung des Bürgerprotestes im Spannungsfeld von kooperativem Staat, responsiver Demokratie und rechtsstaatlicher Verwaltung	53
1. Unzulänglichkeiten einer lediglich diffusen Legitimation	53
2. Die Suche nach Konsens und Akzeptanz als Leitbild des kooperativen Staates	54
3. Wandel des demokratischen Rechts- und Verwaltungsstaates	56
Kapitel 4: Zielsetzungen eines Bemühens um die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen	61
I. Zum Begriff der Akzeptanz	61
II. Zielsetzungen eines Akzeptanz-Managements	62
1. Psychologische Zufriedenheit als anthropologische Zielsetzung	63
2. Rechtliche Zielsetzungen	64
a) Sicherung des Rechtsfriedens und der staatlichen Handlungsfähigkeit	64
b) Demokratische Legitimation von Konfliktlösungen durch die Verwaltung	64
c) Verkürzung der Dauer des Verwaltungsverfahrens durch frühzeitiges Bemühen um Akzeptanz	65
d) Verfahrensbeschleunigung durch Vermeidung gerichtlicher Nachverfahren	66
3. Innovation durch an Akzeptanz orientierte Aushandlungsverfahren	68
4. Staatspolitische Zielsetzungen	69
III. Leitlinien eines Konzepts für ein Akzeptanz-Management	69
1. Idealtypische Faktoren für die Sicherung von Akzeptanz	69
a) Sachkompetenz und Autorität	70
b) Transparenz	70
c) Rationalität	70

d)	Gerechte Konfliktschlichtung	71
e)	Rechtssicherheit und Egalität	71
2.	Ansatzpunkte für eine Akzeptanzverbesserung	71
Kapitel 5: Allgemeine Strategien zur Sicherung von Akzeptanz		73
I.	Akzeptanz aufgrund von Konfliktschlichtung auf politischer Ebene	74
1.	Abfallentsorgungsplanung und Landesentwicklungsplanung als Beispiele für politische Gestaltung durch die Verwaltung	74
2.	Zum Regelungsbereich und zu den Regelungsaufgaben des Parlamentsgesetzes	76
3.	Zum Akzeptanzgewinn für Verwaltungsentscheidungen	78
II.	Akzeptanz aufgrund von Information und Öffentlichkeitsarbeit	80
1.	Information als Voraussetzung einer kommunikativen und kooperativen Verwaltung	81
2.	Information als Akzeptanzstrategie	82
a)	Die Aufgabe offensiver Öffentlichkeitsarbeit	83
b)	Die Erfüllung dieser Aufgabe	87
III.	Akzeptanz aufgrund von Vermittlung sozialer Evidenz und alltagsweltlicher Plausibilität	89
1.	durch eine dem Adressatenkreis verständliche Sprache	89
2.	durch Popularisierung von Kosten-Nutzen-Analysen, vergleichende Risikobewertung und vergleichende Standortbewertung	90
IV.	Akzeptanz durch Abweichen von Mindeststandards	92
V.	Akzeptanz durch Gewährung von "Lastenausgleich"	93
VI.	Akzeptanz durch Sicherung von Kontrollen	96
VII.	Akzeptanz durch Begründung	96
Kapitel 6: Akzeptanz aufgrund von Partizipation an Verfahren der Konfliktregelung und Konsensbildung		98
I.	Akzeptanz als Ziel des Verwaltungsverfahrens	98
1.	Der erforderliche Gestaltungsspielraum der Verwaltung	98
2.	Akzeptanz als eines der verwaltungsverfahrensrechtlichen Ziele	99
3.	Probleme der Realisierung	102
II.	Verfahren einer konsensualen Standortfestlegung	102

III. Personelle Voraussetzungen für ein Akzeptanz-Management	104
IV. Information als Voraussetzung von Akzeptanz	105
1. Umfassende Auslegungsunterlagen	105
2. Kopieren von Auslegungsunterlagen	108
3. Akteneinsicht	108
V. Akzeptanz-Management in frühen Verfahrensstadien	109
1. Frühzeitige Akzeptanzsicherung in der Planungsphase des Betreibers bzw. Antragstellers	110
2. Durchführung von Raumordnungsverfahren unter Bürgerbeteiligung	112
3. Umweltverträglichkeitsprüfung unter Bürgerbeteiligung	115
4. Vor-Antrags-Konferenz und informale Absprachen	118
VI. Die Akzeptanz fördernde Gestaltung des Erörterungstermins	120
1. Die Öffentlichkeit des Erörterungstermins	121
a) Die verfehlte Regelung des § 73 Abs. 6 S. 6 i.V.m. § 68 Abs. 1 S. 1 VwVfG	121
b) Der Dialog mit dem als Zuhörer teilnehmenden Bürger	122
2. Strukturierung des Streitstoffs	123
3. Gerichtsförmiges "Streitverfahren" im Erörterungstermin	124
a) Höchstmaß an sachlicher Auseinandersetzung	126
b) Waffengleichheit	126
c) Rechtzeitige Vorlage von Gutachten	127
d) Gelegenheit zum Beweisantritt	127
e) Kompromißvorschläge	128
f) Terminierung des Erörterungstermins	128
4. Die Nacherörterung	129
5. Zur Trennung von verhandlungsleitender und entscheidender Behörde	129
VII. Planungs- und Genehmigungsverfahren unter Einbeziehung von Parallelgutachten	130
1. Gerichtliche Beauftragung von Sachverständigen	132
2. Die Organisation des Streites der Sachverständigen im Verwaltungsverfahren	133
3. Die Kostenfrage	134
VIII. Konfliktmittler und Strategien der Konfliktmittlung	136
1. Die Stellung des Konfliktmittlers	136
2. Strategien der Konfliktmittlung	138
IX. Der Umgang mit dem von Bürgerinitiativen getragenen Protest	141

1. Die Einbindung von Bürgerinitiativen in den Entscheidungsprozeß	141
2. Gegenstrategien der Verwaltung	142
a) Sachliche Information der Öffentlichkeit	142
b) Aktivierung der schweigenden Mehrheit und Initiierung von Gegeninitiativen	143
c) Zum Rückgriff auf demoskopische Umfragen	143
3. Umgang mit der fundamentalistischen Opposition	145
 X. Keine einseitige staatliche Konfliktschlichtung, sondern Beschränkung auf Verfahrens- und Rechtmäßigkeitskontrolle	 146
1. Bindung der Behörde an den Kompromißvorschlag	146
2. Bedenken	148
a) Kein Verstoß gegen die rechtsstaatliche Bindung der Verwaltung	148
b) Exkurs zur "Richtigkeit" durch Aushandeln	151
c) Kein Ermessensfehler oder Abwägungsdefizit	153
d) Keine Beschränkung der verwaltungsinternen und parlamentarischen Kontrolle	157
e) Verstoß gegen das Verwaltungsverfahrenrecht	157
f) Die Grenzen des Vergleichs	158
 Kapitel 7: Bewertung des Akzeptanz-Managements	 162
I. Zu den Grenzen und Gefahren eines Bemühens um Akzeptanz	162
II. Durchsetzung der Verwaltungsentscheidung bei nicht erreichbarer Akzeptanz	163
III. Die Verfahrensökonomie	163
IV. Die Wirtschaftlichkeit	164
V. Bewertung der Bürgerbeteiligung im Rahmen eines Akzeptanz-Managements	165
 Entwurf einer Empfehlung zur Verbesserung der Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen	 168
 Literaturverzeichnis	 178